

Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2023

Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Bremen e.V.

In Bremen und Bremerhaven leben über 100.000 Kinder und Jugendliche. Sie alle haben besondere Bedürfnisse bezogen auf ihre Förderung, ihren Schutz, ihre Mitbestimmung und ihre Entwicklung.

Nach wie vor ist der Stellenwert von Kindern und Jugendlichen in Politik und Gesellschaft nicht so, wie er sein sollte. Dies wurde unter anderem auch in der Corona-Pandemie sichtbar: Sehr viele Kinder, Jugendliche und ihre Familien waren die Leidtragenden.

Jetzt müssen die Bekämpfung von Kinderarmut, Maßnahmen gegen körperliche, sexuelle, seelische Gewalt und Vernachlässigung, Unterstützung beim Miterleben von häuslicher Gewalt sowie eine ernsthafte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen politische Priorität haben.

Um die Situation für Kinder und Jugendliche grundlegend zu verbessern, ist eine massive Stärkung der Kinderrechte unverzichtbar. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Beteiligung an allen Angelegenheiten, die sie betreffen. Sie haben ein Recht auf Schutz, z.B. vor Gewalt. Sie haben ein Recht auf ein Leben in Gesundheit und Wohlergehen.

Frage 1:

Kinder und Jugendliche machen sich Sorgen um ihre Zukunft (Klimakrise, Erwerbslosigkeit, fehlende soziale Sicherungen, Krieg). Wie tragen Sie dazu bei, dass diese Ängste berücksichtigt werden und welche Maßnahmen werden Sie umsetzen, um die Zuversicht der jungen Menschen in Zukunft zu stärken?

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Kinder und Jugendliche sollen in ihrer Entwicklung und Teilhabe unterstützt, in schwierigen Situationen (außerhalb von Familie und Schule) begleitet und in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Wir Grüne haben dabei viel erreicht: Neben der Ausweitung der Angebote von OJA haben wir auch die Digitalisierung von OJA angeschoben und Mittel für den ersten Jugendbericht zur Verfügung gestellt. Dessen Auswertung und die sich daran anschließenden Maßnahmen wird einer unserer Schwerpunkte der nächsten Legislatur sein.

Ergänzend zum Bundesprogramm "Aufholen nach Corona", das viele Maßnahmen für Schüler*innen auch außerhalb der Schule beinhaltet, haben wir das Programm "Stark im Sozialraum" aufgelegt. Damit wird u.a. die Familienbildungsarbeit gestärkt, wichtig gerade für Alleinerziehende oder Familien mit Migrations- oder Fluchthintergrund.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine Kinder- und Jugendbeteiligungsstrategie sowie einen starken Kinderschutz ein.

Antwort SPD:

Position der SPD LAND BREMEN:

Wir machen Politik mit dem Ziel, unseren Kindern und Jugendlichen ein unbeschwertes Aufwachsen und eine gute Zukunft im Land Bremen zu ermöglichen. Damit alle jungen Menschen ihre Zukunftspläne leben können, kämpfen wir gegen Kinderarmut und für ausreichende und gute Kitas, Schulen und Ausbildungsmöglichkeiten im Land Bremen. Und wir sorgen für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen in Zeiten des Klimawandels, indem wir mit einem 2,5 Mrd. Investitionspaket die richtigen Weichen für konkrete Maßnahmen stellen. Wir teilen ausdrücklich die Haltung des Kinderschutzbunds, dass die Beteiligung von jungen Menschen ein grundlegender Baustein für gutes Aufwachsen ist. Nur so können ihre Sorgen, Bedarfe und Wünsche bei der Gestaltung ihrer Alltagsrealitäten sowie der Gegenwart und Zukunft unseres Bundeslandes umfänglich berücksichtigt werden. Dafür werden wir weiterhin vielfältige Möglichkeiten schaffen. Mit unserer Freikarte zeigen wir jungen Menschen zudem, dass wir um ihre Belastungen seit Beginn der Pandemie wissen und geben ihnen dafür ein Stück Freude und Leichtigkeit zurück.

Antwort CDU:

Hier ist die gesamte Gesellschaft gefordert, unseren Kindern und Jugendlichen ein gesundes und sicheres Aufwachsen zu ermöglichen, ihnen Zuversicht und Resilienz mit auf dem Weg zu geben. Zuerst sind hierbei ihre Familien gefragt. Politik leistet hierzu die Rahmenbedingungen - vor allem gesundheitlich und schulisch. Das Bildungssystem in Bremen ist seit Jahrzehnten weit im Rückstand zu allen anderen Bundesländern. Das wollen wir endlich ändern und mehr Qualität in die Schulen und Kindergärten beider Städte garantieren. Zudem wollen wir ab der Grundschule einen sogenannten "Glücksunterricht" im Rahmen eines generellen Schulfachs Lebenskunde etablieren. In diesem Unterricht sollen Kinder und Jugendliche lernen, besser mit Gefühlen, insbesondere mit Sorgen und Ängsten, umzugehen. Dabei sollen Bewegung und gesunde Ernährung ebenfalls eine große Rolle spielen.

Antwort DIE LINKE:

Die Krisen der letzten Jahre - Klima, Corona, der Krieg in der Ukraine, Preissteigerungen uvm. - verunsichern Kinder und Jugendliche zurecht. Kinder sind unsere Zukunft und es ist unsere Pflicht, ihnen eine lebenswerte, friedliche und sozial ökologisch gerechte Zukunft zu bieten. Die letzten drei Jahre der Pandemie haben gezeigt, dass Kinderrechte und die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen schnell nichts mehr zählen, wenn es hart auf hart kommt. In Bremen haben wir zum Glück schnell gegengesteuert, Schulen und Kitas möglichst lange offen gelassen und Angebote und Orte für Kinder und Jugendliche schnell wieder geöffnet.

- a) Die Klimakrise ist eine der größten Bedrohungen unserer Zeit, Kinder und Jugendlichen weisen zurecht mit Nachdruck darauf hin und engagieren sich in vielfältiger Form, damit die Gesellschaft und die Politik endlich angemessen reagieren. Wir als LINKE setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, dass Bremen bis spätestens 2038 klimaneutral ist und nehmen dieses Ziel als persönliche Herausforderung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Klima-Enquete, an der wir maßgeblich beteiligt waren, in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Dafür werden wir viel Geld in die Hand nehmen, um Veränderungen in der Energie- und Wärmeversorgungen schneller voranzubringen, aber auch eine echte

Verkehrswende zu gestalten und die Wirtschaft klimaneutral aufzustellen. Diesen Veränderungen dürfen aber nicht zu Lasten von Menschen gehen, die wenig Geld haben. Sie müssen so gestaltet und kommuniziert werden, dass alle Menschen die Veränderungen mittragen und mitgestalten können, wir wollen deswegen auch eine Gerechtigkeitswende! Deshalb darf auch die Schuldenbremse den Klimamaßnahmen nicht länger im Weg stehen, weshalb sie in Bremen für diesen Zweck richtigerweise ausgesetzt wurde.

- b) Der Krieg in der Ukraine ist furchtbar für die vom Krieg direkt betroffenen Menschen, hat aber auch in Deutschland durch Preissteigerungen zu zunehmender Armut geführt. Im Bund und im Land Bremen hat sich DIE LINKE für Maßnahmen stark gemacht (Positionspapier: <https://www.linksfraktion-bremen.de/themen/positionspapiere/detail-neu/ein-neuer-bremen-fonds-zur-abwendung-der-sozialen-und-oekonomischen-verwerfungen-durch-die-energiepreiskrise/>), um Armutsfolgen zu bekämpfen, etwa den Gas- und Strompreisdeckel, den Härtefallfonds Energie- und Wassersperren, höhere Grundsicherungsleistungen, eine Ausweitung des Wohngeldes. In Bremen haben wir weitere Maßnahmen gefordert und werden uns auch weiterhin dafür einsetzen (etwa vergünstigte oder kostenlose Mahlzeiten in Schulen und Kitas, ein Sonderprogramm für soziale Stadtteileinrichtungen mit kostengünstigen Mittagessensangebote und kostenlosen Aufenthaltsräume, kostenlosen ÖPNV besonders für Menschen mit geringem Einkommen uvm).
- c) Erwerbslosigkeit ist gerade in Bremen ein großes Problem, wir setzen auf arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und armutssicheren Löhnen. In Bremen sind wir mit dem Landesmindestlohn auf einem richtigen Weg, wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und gute Entlohnung, gerade auch in den sozialen und pflegenden Berufen, ein. Eine gute Bildung von Anfang an ist uns besonders wichtig. Es geht um eine Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Alle Jugendliche sollen die Schule mit einem Schulabschluss verlassen, hierfür müssen wir bereits mit frühkindlicher Bildung beginnen. Wir kämpfen dafür, dass jedes Kind einen Kitaplatz erhält. Kitas und Schulen in Stadtteilen, in denen viele Kinder eine Förderung brauchen, statten wir besonders gut aus. Wir wollen eine inklusive Schule für alle, mit kleineren Klassen und multiprofessionellen Teams. Nur so können wir allen Kindern gerecht werden. Jugendliche ohne Bildungsabschluss müssen unsere besondere Unterstützung erhalten. Wir wollen, dass jede*r Jugendliche eine Chance auf einen Ausbildungsplatz erhält. Wir setzen uns für vorbereitende und begleitende Maßnahmen ein, damit die duale Ausbildung unter den gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erfolgreich sein kann. Darum hat das LINKE Arbeitsressort den bundesweit ersten umlagefinanzierten Ausbildungsfonds in die Realität umgesetzt. Daneben setzen wir uns für folgende Maßnahmen im Bereich der Ausbildung ein:
- aufsuchende Beratung in den Schulen
 - muttersprachliche Ansprache
 - sprachsensiblere Prüfungen
 - Jugendberufsagentur stärken und mit außerbetrieblichen Ausbildungsverbänden verzahnen
 - das Projekt „Kompetenzlotsen“, dass in Bremen-Nord junge Menschen auf dem Weg zur Ausbildung unterstützt, dauerhaft absichern.

Armut durch mehr Bildung zu bekämpfen, geht jedoch nicht, ohne gegen die soziale Segregation in Bremen anzugehen. Auch hierauf liegt unser Schwerpunkt. Zur Frage der sozialen Sicherung siehe Antwort auf Frage 6.

Antworten FDP:

Trotz aller Krisen blicken wir Freien Demokraten zuversichtlich in die Zukunft. Wir haben ein positives Menschenbild und sind der Überzeugung, dass Menschen – auch und gerade junge Menschen – in der Lage sind, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Zugleich nehmen wir die Sorgen junger Menschen sehr ernst. Wir setzen uns daher für eine nachhaltige und generationengerechte Politik ein, die jungen Menschen individuelle Lebenschancen eröffnet und die Handlungsspielräume kommender Generationen so wenig wie möglich einschränkt. Daher setzen wir uns für eine Verbesserung der Bildungspolitik im Land Bremen ein, aber auch für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik sowie den Verzicht auf neue Schulden. Denn ähnlich wie beim Klima werden auch durch weitere Schulden und damit steigende Zinslasten des Landes Bremen die Handlungsspielräume kommender Generationen immer weiter eingeschränkt – gerade in Zeiten hoher Inflation. Wir bekennen uns daher klar zur Schuldenbremse.

Frage 2:

Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist ein grundlegend wichtiger Baustein für gutes Aufwachsen. Mit welchen konkreten Handlungsvorgaben für Politik und Verwaltung wird sich Ihre Partei dafür einsetzen und wie sollen Planungsprozesse kindgerecht gestaltet werden?

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Auf grüne Initiative hin wurden die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in die Landesverfassung aufgenommen. Durch die Entwicklung einer Kinder- und Jugendbeteiligungsstrategie, die wir für das Land Bremen initiieren wollen, sollen diese Rechte zukünftig gestärkt werden. Ziel ist es, die zahlreichen Stränge an bestehenden Beteiligungsformaten zu bündeln und zu koordinieren. Mit Hilfe der Beteiligungsstrategie wollen wir auch diejenigen erreichen, die bisher keine Chance haben, sich einzubringen. In der nächsten Legislatur werden wir uns deshalb dafür einsetzen, dass für diesen Prozess finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Antwort SPD:

Position der SPD LAND BREMEN:

Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, ihre Interessen einzubringen, an Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden, auf angemessene Berücksichtigung ihres frei geäußerten Willens entsprechend ihres Alters und ihrer Reife und, dass ihre Bedürfnisse ernstgenommen werden. Wir wollen die politische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen daher weiterhin fördern. Wir wollen Jugendbeiräte in allen Stadtteilen aufstellen, durch hauptamtliche Mitarbeiter:innen unterstützen und ihre Beteiligungsformen jugendgerecht und niedrigschwellig weiterentwickeln. Die finanzielle Förderung von Jugendverbänden werden wir substanziell anheben. Auch die demokratische Teilhabe in Schulen und Ausbildungsstätten werden wir stärken mit einem Landesförderprogramm für Gremienbeteiligung bei Schüler*innenvertretungen und Jugendausbildungsvertretungen. Darüber hinaus wollen wir einen weiteren konzeptuellen Schritt gehen, Kinder und Jugendliche in stadt- und landesweiten Themen stärker zu beteiligen. Auch sollen politische Vorhaben zukünftig stärker auf die Auswirkung auf junge Menschen hin geprüft werden.

Antwort CDU:

Kinder und Jugendliche müssen von der Gesellschaft und Politik gesehen und gehört werden. „Kinder haben keine Lobby“ - ein in Deutschland viel zu oft zitierter Satz, der leider die Realität spiegelt. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat sich in der laufenden Legislatur parlamentarisch stark gemacht für einen Kinderschutzbbeauftragten im Land Bremen. Leider gab es dafür bisher keine politischen Mehrheiten. Wir aber halten an dem Vorhaben fest. Und auch durch ein Kinder- und Jugendparlament, Jugend debattiert, die Juniorwahl und Jugendbeiräte in den Stadtteilen können und sollen die besonderen Bedarfe deutlich artikuliert und von der Politik aufgenommen werden. Letztlich sind es auch die Eltern, die unbedingt laut ihre Stimme für ihre Kinder erheben. Wir haben dafür immer ein offenes Ohr.

Antwort DIE LINKE:

Jugendliche brauchen sichere Orte, an denen sie sich aufgehoben und geschützt fühlen und an denen sie selbst sein dürfen und sich ausprobieren können. Sie brauchen ein Umfeld, das sie in ihrer Vielfalt wahrnimmt, begleitet und ihre individuellen Kompetenzen stärkt. Anspruch und Ziel der LINKEN ist es, allen Jugendlichen gleiche Chancen auf Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit, auf Teilhabe und ein glückliches Leben zu garantieren. Hierfür müssen die Partizipation und das Mitspracherecht von Kindern und Jugendlichen gewährleistet werden. Neben Angeboten einer gut ausgestatteten und finanziell abgesicherten offenen Jugendarbeit sowie kulturellen und sportlichen Freizeitangeboten dezentral in allen Stadtteilen unterstützt DIE LINKE auch demokratisch-institutionelle Einrichtungen wie die Jugendbeiräte. Wir sind froh, dass Jugendbeiräte gerade auch in Stadtteilen existieren, in denen viele Kinder und Jugendliche von Armut bedroht sind. Die Ausweitung von Jugendbeiräten unterstützen wir, wir wollen deren Mittel absichern und erhöhen. Zugleich muss gewährleistet sein, dass die Beschlüsse der Jugendbeiräte anerkannt und umgesetzt werden. DIE LINKE unterstützt insbesondere Angebote für queere oder geflüchtete Jugendliche sowie für Jugendliche mit Behinderung. Wir wollen auch eine stärkere Unterstützung der selbstorganisierten Jugendkultur.

Antwort FDP:

Um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, haben wir in der Regierungsbeteiligung in Bremerhaven ein Jugendparlament eingeführt. Das neue Jugendparlament ist ein großer Erfolg. Mit einem echten Budget von 50.000 Euro pro Jahr wollen wir hier viel erreichen: Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen lernen, wie kommunale Demokratie funktioniert, können ihre Vorstellungen in die politische Beratung einbringen und sogar eigene Projekte direkt umsetzen.

Frage 3:

Kinder und Jugendliche brauchen wohnortnahe Treffpunkte im öffentlichen Raum. Wie wollen Sie neue/weitere Orte und Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien in Bremen schaffen und wie setzen Sie sich dafür ein, dass diese Orte (angesichts der steigenden Kosten) dauerhaft erhalten werden?

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wie bereits unter Frage 1 beschrieben, werden wir den nun vorgelegten Jugendbericht genau auswerten und entsprechende Maßnahmen ableiten. Dazu gehört auch die zukünftige Finanzierung und Verteilung der OJA-Mittel. Diese sind ein wichtiger Garant für die engagierte Kinder- und Jugendarbeit, die in Kinder- und Jugendhäusern, Freizeitsport- und Spielangeboten und -treffpunkten angeboten werden. Außerdem setzen wir uns für mehr nichtkommerzielle Aufenthaltsorte ein, die Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen sollen. Neben Spielplätzen, die kontinuierlich durch das Spielraumförderkonzept auf ihre Aufenthaltsqualität hin überprüft werden, sehen wir für die Jugendlichen einen großen Bedarf für Freiflächen und Orte zum Treffen, Chillen und Spaß haben. Im Rahmen der Beteiligungsstrategie wollen wir eben diese Flächen und Bedarfe klären.

Antwort SPD:

Position der SPD LAND BREMEN:

Spielplätze, Bewegungsräume und Treffpunkte für Kinder und Jugendliche müssen dort vorhanden sein, wo diese leben. Die SPD wird sich mit ihrem Leitbild der 10-Minuten-Stadt dafür stark machen, dass alle Quartiere mit ausreichend attraktiven und kostenfreien Spiel- und Bewegungsräumen ausgestattet werden. Außerdem wollen wir ihre Ausstattung und Barrierefreiheit verbessern. Bei der Gestaltung dieser Räume wollen wir junge Menschen weiterhin aktiv beteiligen, wie bspw. bei der digitalen Jugendbefragung der Senatskanzlei im vergangenen Jahr. Die finanzielle Ausstattung der Offenen Jugendarbeit werden wir spürbar verbessern. Alle Stadtteile sollten über einen Sockelbetrag von zunächst mindestens 100.000 Euro verfügen. Weitere finanzielle Mittel sollen nach festzulegenden Indikatoren dafür sorgen, dass „Ungleiches auch ungleich behandelt wird“. Die ungleichen Herausforderungen in den Stadt- und Ortsteilen sollen in der Mittelverteilung berücksichtigt werden. Auch neu entstehende Wohnquartiere müssen frühzeitig Mittel zum Aufbau von neuen OJA-Strukturen und Angebote erhalten.

Antwort CDU:

Der erste jüngst veröffentlichte Jugendbericht 2022 hat die Möglichkeiten und Grenzen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Bremen aufgezeigt. Die Analyse ist auch für uns die Grundlage weiteren politischen Handelns. Selbstverständlich sind wohnortnahe Treffpunkte wichtig und müssen vorgehalten werden. Die Kosten dafür sind für uns Investitionen in die Zukunft und müssen im Haushalt darstellbar sein. Ein Versäumnis hier führt zu noch mehr Kosten in der Zukunft. Darum werden wir im Austausch mit Kindern und Jugendlichen ihre Bedarfe ermitteln und entsprechende Angebote aufrecht erhalten und wohnortnah ausbauen.

Antwort DIE LINKE:

Kinder und Jugendliche brauchen sichere Orte, in denen sie sich aufgehoben und geschützt fühlen und sie brauchen Orte, wo sie sie selbst sein dürfen und sich ausprobieren können. Wir unterstützen hierbei sowohl die selbstorganisierte Jugendkultur als auch feste Einrichtungen und Angebote der offenen und verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit. Beides wollen wir stärken und finanziell absichern. Zudem brauchen wir mehr kostengünstige und kostenlose Angebote für Kinder und Jugendliche: z.B. bei den Schwimmbädern, der Stadtbibliothek, den Museen in Bremen und Bremerhaven. Außerdem wollen wir mehr Spiel- und Sportflächen im öffentlichen Raum. Wir wollen eine Spielleitplanung in den Stadtteilen unter Einbeziehung der Nachbarschaft und den Ausbau von frei nutzbaren Sportgeräten. Zudem wollen wir mehr Grünflächen im öffentlichen Raum für sportliche Aktivitäten freigeben und konsumfreie Räume schaffen.

Antwort FDP

Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche in Bremen werden oft durch eingezäunte Sportanlagen und fehlende Freizeitmöglichkeiten eingeschränkt. Mit Hilfe eines breiten Freizeitangebots kämpfen wir Freien Demokraten für mehr Freiraum zur sinnvollen Freizeitgestaltung. Vergangene Initiativen wie das Freizeitzentrum Buntentor zeigen deutlich das hohe Engagement unserer jungen Bürgerinnen und Bürger. Voraussetzung dafür ist jedoch, ihnen die richtige Struktur zu geben und ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen. Wir arbeiten daran, öffentliche und private Anbieter von Freizeiteinrichtungen und ihre Nutzer besser zu vernetzen, um das Freizeitangebot insgesamt zu verbessern und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zu ermöglichen. Demnach ist auch zu prüfen, wie die ungenutzten Schulräume in den Nachmittags- und Ferienzeiten sinnvoll für diesen Zweck genutzt werden können.

Frage 4:

Das Jugendamt hat in den letzten Jahrzehnten viele Kompetenzen abgegeben (geteilte Geschäftsbereiche mit SKB, Fachabteilung in Sozial-Behörde, strukturelle Eingliederung in die Sozialzentren). Wie bewerten Sie die Steuerungsfähigkeit des Jugendamtes und welche Ideen zur Weiterentwicklung haben Sie?

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das Jugendamt hat mit seinen vielfältigen Aufgaben eine große Bedeutung im Rahmen des Kinderschutzes. Die 2010 angestoßene Umstrukturierung und Weiterentwicklung befürworten wir. Durch die dezentrale Steuerung in den Sozialzentren ist das Jugendamt nah bei den Bürger*innen. Außerdem führte die Teilung der Geschäftsbereiche zu einer deutlichen Entlastung der Sozialzentren.

Wie in vielen anderen Bereichen auch, herrscht auch im Jugendamt akuter Fachkräftemangel. Es wird fortlaufend versucht, gut ausgebildetes Personal anzusprechen, mit der Schaffung des Studiengangs Soziale Arbeit an der Hochschule Bremerhaven sollen neue Fachkräfte ausgebildet und gewonnen werden. Zudem wollen wir durch berufsbegleitende Maßnahmen insbesondere Berufseinsteiger*innen und Quereinsteiger*innen in ihrer Arbeit unterstützen, damit sie einerseits motiviert bleiben und andererseits auf qualitativ hohem Niveau für den Kinderschutz eintreten können.

Antwort SPD:

Position der SPD LAND BREMEN:

Wir werden die Jugendämter personell und finanziell bedarfsgerecht ausstatten und Angebote zur gezielten Unterstützung von jungen Menschen und Familien weiterentwickeln. Mit wirksamen präventiven Angeboten gilt es Familien zu stützen und die Unterbringung in Einrichtungen, wo möglich, zu vermeiden. Die 2022 eingeleitete Gesamtkoordination und -strategie „Frühe Hilfen“ wird einen wesentlichen Beitrag zur Verknüpfung aller Angebote auf quartiersbezogener Ebene leisten. Insbesondere für Kinder aus risikobelasteten Familien müssen nahtlose Unterstützungsketten vorhanden sein. Mit der Gesamtkoordination setzen wir an den positiven Erfahrungen der Bremer Initiative zur Stärkung frühkindlicher Entwicklung (BRISE) an und entwickeln vernetzte Hilfen und Angebote für junge Familien konsequent weiter. Den mit dem „Entwicklungsplan zur diversitäts- und diskriminierungssensiblen Jugendhilfe im Land Bremen“ sowie dem Prozess „Jugendamt weiterentwickeln“ eingeschlagenen Weg einer Modernisierung der Jugendhilfe gehen wir weiter, indem wir dort identifizierte Maßnahmen konsequent umsetzen werden.

Antwort CDU:

Jede Ausgliederung reduziert die Steuerungsfähigkeit von Prozessen, wenn Verantwortung mit vergeben wird. Die Jugendämter im Land sind personell nicht gut aufgestellt. Viel zu viele Fälle pro Casemanager, überforderte Pflugschaften und überlastete Einrichtungen zur Inobhutnahme von gefährdeten Kindern und Jugendlichen. Das wollen wir als erstes in den Griff kriegen durch mehr geschultes Personal, weniger Fluktuation. Das Jugendamt muss sich aber nicht nur quantitativ, sondern vor allem qualitativ besser aufstellen. Der Prozess JuWe hat längst noch nicht seine Ziele verwirklicht. Vor allem ist das menschliche Miteinander von Familien und Ämtern auch im Zusammenwirken mit Ärzten, Schulen und Kindergärten dringlich zu verbessern. Daran wollen wir mitwirken. Insgesamt rächt sich, dass es kein eigenständiges Jugendamt mehr gibt und die Jugendamtsleitung weder eine eigene Fachabteilung hat noch einen direkten Zugriff auf die Mitarbeitenden in der Fachabteilung. Hier sind lediglich drei Fachkoordinatoren eingesetzt. Die Jugendamtsmitarbeitenden unterstehen den sechs Sozialzentrumsleitenden, die in der Regel Verwaltungspersonen ohne Fachkenntnisse des Jugendamtes sind und denen die Referatsleitung und Casemanager unterstehen. Die von Senatorin Stahmann realisierte Strukturreform hat sich nicht bewährt. Als CDU fordern wir wieder ein starkes eigenständiges Jugendamt, der Umbau muss rückgängig gemacht werden.

Antwort DIE LINKE:

Die Selbstständigkeit des Jugendamtes muss gewährleistet werden, das ist uns wichtig, ebenso wie das Prinzip der Hilfen aus einer Hand. Hierfür ist es notwendig, dass Prozesse gut abgestimmt laufen, auch wenn Leistungen von unterschiedlichen Leistungsträgern erbracht und von verschiedenen Behörden verantwortet werden. Hierdurch darf die Arbeit des Jugendamtes nicht behindert werden. Prozesse müssen abgestimmt laufen, damit Bewilligungen und Hilfen schnell erfolgen. Komplizierte Abläufe auf Kosten der betroffenen Kinder und Jugendlichen und ihren Familien will DIE LINKE abbauen. Uns ist bewusst, dass einige Prozesse, etwa auch im Bereich der Frühen Hilfen und Frühförderung an Kitas, noch nicht optimal laufen. Wir setzen uns dafür ein, dass hier konstant Lösungen erarbeitet werden. Uns besorgt vor allem auch die Fachkräfteproblematik im Jugendamt sowie die hohe Fluktuation, trotz der Neuaufstellung des Jugendamtes durch den Prozess Jugendamt weiterentwickeln (JuWe). All das belastet die Teams zusätzlich. Deshalb sind Stellenbesetzungen, eine bessere Bezahlung und verbesserte Arbeitsbedingungen unsere erste Priorität.

Antwort FDP:

Wir Freien Demokraten bewerten das äußerst kritisch. Doppelstrukturen führen zu mehr Bürokratie, einer mangelnden Steuerungsfähigkeit und zu Reibungsverlusten. Diese Reibungsverluste gehen im Zweifel zu Lasten des Kinderwohls. Daher setzen wir uns für ein Jugendamt mit Zuständigkeit für Kinder und Jugendliche im Bildungsressort ein. Entsprechend sollten mehr Zuständigkeiten dorthin verlagert werden.

Frage 5:

Von pandemiebedingten Belastungen sind Kinder stark betroffen. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass junge Menschen, die Übergänge und Entwicklungsschritte verpasst haben, ausreichende Ressourcen an pädagogischen und therapeutischen Fachkräften zur Verfügung gestellt werden?

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Um die Folgen der Pandemie abzufedern, haben wir durch die Programme „Aufholen nach Corona“ und das Bremer Programm „Stark im Sozialraum“ zahlreiche Angebote auf den Weg gebracht, die stark nachgefragt werden, viele Kinder und Jugendliche werden erreicht. Insbesondere in Quartieren mit hoher Armutsgefährdung gibt es viele Angebote. Aktuell läuft der 4. Förderaufruf von „Stark im Sozialraum“.

Zudem haben wir die Mittel für die Häuser der Familie und für die „Best Mom“-Angebote, die sich an westafrikanische Frauen mit Kindern richten, aufgestockt. Der präventive niedrigschwellige Ansatz zur Stabilisierung der Familie ist ein großer Erfolg. Diese wichtigen Angebote werden wir auch künftig fortführen.

Alle Heranwachsenden müssen in Krisen Hilfe bekommen. Zur psychotherapeutischen Versorgung gibt es einige Angebote, darunter die im Jahr 2021 eingerichteten Traumaambulanzen, aber auch die Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsstelle KIPSY.

Antwort SPD:

Position der SPD LAND BREMEN:

Die Landesprogramme „Schüler:innen stärken“ und „Stark im Sozialraum“ leisten einen wichtigen Beitrag, um die Folgen der Coronapandemie für Körper und Geist, aber auch den entstandenen Bildungsbenachteiligungen entgegenzuwirken. Neben außerschulischen Unterstützungs- und Bewegungsangeboten im Stadtteil und in Ferienfreizeiten, wurden und werden gezielte Fördermaßnahmen, Sprachförderangebote und Maßnahmen zur Stärkung sozial-emotionaler und körperlich-motorischer Kompetenzen durchgeführt. Als Ausgleich für den Verzicht unter Corona wirkt auch die Freikarte, die Freizeitaktivitäten für alle Kinder ermöglicht und damit schöne Erlebnisse bei Spiel und Spaß in Gemeinschaft nachholen lässt. Die Schulsozialarbeit, die bereits in den vergangenen Jahren sukzessive ausgebaut worden ist, wurde weiter verstärkt und zusätzliche Einsatzstellen bei freien Trägern im FSJ und FÖJ geschaffen, um die psychosozialen Folgen zu kompensieren. Wir werden überprüfen, was davon längerfristig Bestand haben muss, um langwierige Folgen der Pandemie für alle Kinder und Jugendlichen möglichst zu vermeiden.

Antwort CDU:

Das bundesweite Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ muss fortgesetzt werden, auch in Bremen. Für die CDU stellt die Verbesserung des Bildungssystems den Schwerpunkt unseres Regierungsprogramms dar. Auf das Thema „Glücksunterricht“ wurde bereits in der Antwort zur

Frage 1 hingewiesen. Hinzu kommt, dass auch die vielen Bedarfe an psychischen Therapien bei Kindern und Jugendlichen nicht gedeckt werden können. Hierzu wollen wir die Behandlungsstrukturen im Land Bremen ausbauen, mehr ambulante und stationäre Therapien ermöglichen.

Antwort DIE LINKE:

Die Corona-Pandemie hat uns alle, vor allem aber Kinder und Jugendliche, hart getroffen. Wichtige, meist unbeschwerte Jahre im Leben der Kinder und Jugendlichen wurden überschattet von Angst und Einschränkungen. Schon vor der Pandemie waren kinder- und jugendtherapeutische Angebote knapp, inzwischen sind durch die erhöhten Bedarfe die Wartezeiten inakzeptabel lang. DIE LINKE hat sich bereits in den letzten vier Jahren intensiv für die Ausweitung des Angebotes eingesetzt, wir werden unsere Anstrengungen diesbezüglich fortsetzen. Vor allem müssen die Kassensitze für Therapeut*innen ausgeweitet werden. Auch Beratungsangebote in diesem Bereich müssen aus unserer Sicht ausgebaut und finanziell langfristig abgesichert werden. In Kitas und Schulen brauchen wir entsprechende Angebote. Wir setzen hier auf multiprofessionelle Teams. Besondere Ferien- und Freizeitangebote wie auch die Freikarte sind Angebote, die den Kindern und Jugendlichen ein bisschen von dem zurückgeben sollen, was sie verpasst haben. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Angebote erhalten bleiben.

Antwort FDP:

Wir fordern ein konsequentes Post-Corona-Programm, um die Defizite in Folge der Pandemie auszugleichen. Unterrichtseinschränkungen, geschlossene Schulen und unvorbereiteter Digitalunterricht haben spürbar und nachweislich schwerwiegende Defizite bei den Schülern verursacht. Es ist zwingend notwendig, die Versäumnisse und Fehler der Bildungspolitik während der Pandemie aufzuarbeiten und entsprechende Maßnahmen zum Ausgleich umzusetzen. Hierzu fordern wir eine umfangreiche Lernstandserhebung, sowie die Ausweitung von Förder- und Nachhilfeprogrammen, um diese Lernrückstände aufzuholen. Auf absehbare Zeit müssen freiwillige Sommerschulen angeboten werden, damit die Schüler die Chance bekommen verpasste Inhalte nachholen zu können.

Frage 6:

In keinem anderen Bundesland leben anteilig so viele arme Kinder und Jugendliche wie in Bremen. 42 Prozent sind von Armut bedroht. Welche Ansätze zum Abbau von Kinderarmut schlagen Sie vor und welche Maßnahmen für von Armut betroffene und armutsgefährdete junge Menschen werden Sie zeitnah umsetzen?

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Für uns Grüne ist die Einführung der Kindergrundsicherung ein entscheidendes Element, um allen Kindern ein Aufwachsen in Wohlergehen zu ermöglichen: sowohl die materielle Absicherung als auch die Teilhabe- und Entwicklungschancen aller Kinder, unabhängig von Herkunft und sozialem Status.

Im Land Bremen werden wir das erfolgreiche Programm „Lebendige Quartiere“, das die bisherigen Programme wie WIN und LOS flankiert, fortsetzen und neue Fördergebiete aufnehmen. Dies trägt dazu bei, Elternarmut zu reduzieren und stabilisiert gleichzeitig die Kinder.

Insbesondere Alleinerziehende sind in hohem Maß von Armut betroffen. Durch verbesserte Rahmenbedingungen, wie maßgeschneiderte Ausbildungskonzepte und erweiterte KiTa-Angebote, wollen wir die Erwerbstätigkeit steigern. Die Jugendberufsagentur gewinnt an Bedeutung, um Übergänge zwischen Schule und Ausbildung zu schaffen. Die Angebote wollen wir weiter ausbauen, um insbesondere junge Frauen besser beim Start in die Arbeitswelt zu unterstützen.

Antwort SPD:

Position der SPD LAND BREMEN:

Die Bekämpfung von Kinderarmut mit dem Ziel einer dauerhaften finanziellen und materiellen Absicherung von jungen Menschen im Land Bremen steht ganz oben auf unserer politischen Agenda. In Zeiten steigender Lebenshaltungskosten war zunächst die schnelle und deutliche Erhöhung des Kindergeldes letztes Jahr wichtig. Eine unserer Forderungen ist schon lange die Einführung einer Kindergrundsicherung. Wir werden uns nun für die zügige Umsetzung und auskömmliche Ausgestaltung im Bund einsetzen. Da Kinder von Alleinerziehenden bei uns das größte Armutsrisiko haben, werden wir Ein-Eltern-Familien im Land Bremen stärken. Die Bearbeitung des „Aktionsplan Alleinerziehende“ werden wir daher mit hoher Priorität fortführen und erfolgreiche Vorhaben ausbauen. Übergreifend haben Maßnahmen, die Eltern bei der Aufnahme einer guten Beschäftigung und einer dauerhaften Berufstätigkeit nachhaltig unterstützen eine besondere Relevanz für uns. Damit schaffen wir die Grundlage für eine dauerhafte Reduzierung des Armutsrisikos von Kindern und ihren Familien im Land Bremen.

Antwort CDU:

Kinderarmut ist zuallererst Elternarmut. Hier gilt es, anzusetzen. Es ist beschämend, dass in unserem Bundesland nahezu jedes zweite Kind von Armut betroffen oder bedroht ist und die Tendenz steigt. Unsere Antwort auf dieses Armutszeugnis lautet: Bildung, Ausbildung, existenzsichernde Arbeit. Wir müssen die Vererbung von Armut endlich durchbrechen. Dazu zählt, die Eltern zu befähigen, ihren Lebensunterhalt für die Familie aus eigener Kraft zu erwirtschaften und den Kindern durch gute frühzeitige Bildung Wege aus der Armut zu ermöglichen. Auf Bundesebene favorisieren wir ein Kinderchancengesetz statt Kindergrundsicherung, um das Problem an der Wurzel zu packen und zu lösen.

Antwort DIE LINKE:

Die Ursachen für die hohe Armutsquote von Kindern in Bremen sind vielschichtig, deshalb gehen wir in verschiedenen Feldern dagegen an. Auf Landesebene sind kostenlose Angebote für Kinder und Familien ein wichtiger Handlungsansatz, um Kinderarmut zu bekämpfen. Kinderarmut ist Familienarmut, sie zu bekämpfen beginnt also da, wo Ursachen wie Erwerbslosigkeit, schlechte Löhne, Diskriminierung am Arbeitsmarkt, schlechte Bildungschancen, Benachteiligung von Alleinerziehenden und unzureichende soziale Leistungen bekämpft werden. Konkret fordert DIE LINKE, um Kinderarmut zu bekämpfen:

- Bessere Unterstützung armer Familien durch eine Kindergrundsicherung, besondere Unterstützung Alleinerziehender
- Deutliche Erhöhung des Bürgergeldes, besser: existenzsichernde, sanktionsfreie Grundsicherung
- Starke, möglichst kostenlose öffentliche Infrastruktur für Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung, Kultur und Mobilität
- Kostenlose Angebote für Kinder und Familien, etwa freie Eintritte in Frei- und Hallenbädern, in Stadtbibliotheken und Kultureinrichtungen, vor allem für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen oder im Leistungsbezug; öffentlich finanziertes kostenloses Frühstück für Kitas in benachteiligten Stadtteilen

- Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung und Ganztagschulen

Wir haben bereits viele Maßnahmen für von Armut betroffene Kinder auf den Weg gebracht (besondere Ausstattung von Kitas sowie kleinere Klassen und den Einstieg in die Doppelbesetzung an Grundschulen in den strukturell benachteiligten Stadtteilen, kostenloses Mittagsessen in Schulen und Kitas, kostenlose Nutzung des ÖPNV in Bremen, sie können für einen Euro in die Freibäder gehen etc.). Diese Maßnahmen sind eine wichtige Verbesserung, reichen aber nicht aus. Wir müssen Armutsbekämpfung systematischer und umfassender angehen. Städtebau, Verteilung von günstigem Wohnraum, Verhinderung von Segregation sind absolut entscheidend, denn in einem heterogenen und vielfältigen Quartier ist es für Kinder einfacher, Sprach- und Berufsvorbilder zu finden. Solange die soziale Segregation zwischen den Stadtteilen in Bremen hoch ist, stehen die benachteiligten Stadtteile besonders im Fokus LINKER Politik.

Antwort FDP:

Staatliche Leistungen für Kinder sind aktuell vor allem unübersichtlich und bürokratisch. Die familienbezogenen Leistungen sind durch zahlreiche Bedingungen, Berechtigungen, Anrechenbarkeiten sehr kompliziert geregelt und wirken in der Folge Kinderarmut nicht ausreichend entgegen. So werden zum Beispiel familienbezogene Leistungen wie Kindergeld, Betreuungsgeld oder Unterhaltsvorschuss auf Leistungen nach dem SGB II angerechnet. Dies bedarf einer grundsätzlichen Änderung: Der Strauß der kindesbezogenen Leistungen soll dazu zu einem Leistungspaket gebündelt und von einer zentralen Stelle ausbezahlt werden. Grundidee des „Kinderchancengeldes“ ist es, einen eigenständigen Anspruch des Kindes zu schaffen. Kinder aus Familien, die Sozialleistungen in Anspruch nehmen, werden aus der Bedarfsgemeinschaft herausgelöst. Falls Erziehungsberechtigte Geld zweckentfremden, ermöglicht der eigenständige Anspruch des Kindes, das Geld anderweitig verwalten zu lassen, zum Beispiel von Verwandten oder dem Jugendamt.

Frage 7:

Während der Pandemie ist es zu mehr Gewalt gegen Kinder und Jugendliche gekommen. Das Dunkelfeld ist sehr groß. Viele Kinder müssen Gewalt erfahren, ohne dass ihr Leid bekannt und aufgearbeitet wird. Welche Ressourcen werden Sie einsetzen, um Gewalt zu verhindern und die Folgen abzumildern?

Antwort BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

Wir wollen verstärkt Präventionsprogramme gegen Gewalt an Kindern auflegen, die aufsuchende Fachberatungsstelle für jene Kinder und Jugendlichen, die Zeugen von häuslicher Gewalt werden, bekannter machen und Schnittstellen zum Jugendamt und anderen Beratungsstellen verbessern. Über gezielte Ansprache wollen wir auch möglichst viele Eltern damit erreichen.

Wenn Kinder psychische oder physische Gewalt erleben, ist die Ursache oft Unwissenheit und Überforderung der Erziehungspersonen. Wir wollen darum die Erziehungskompetenz von Eltern stärken und werden vorhandene Programme sowie Erziehungs- und Fachberatungsstellen weiterführen und ausbauen. Die Unterstützung von Eltern in Bezug auf verschiedene pädagogische Themen, wie Vielfalt, seelische sowie körperliche Gesundheit oder Gewaltprävention, kann für Kinder den entscheidenden Unterschied machen. Deshalb müssen vorhandene Angebote noch besser beworben, mehrsprachige Angebote geschaffen und Unterstützung beim Deutschlernen ausgebaut werden.

Antwort SPD:

In der Folge der Pandemie haben sich Meldungen zu Kindeswohlgefährdungen erhöht. Dies gilt es im Blick zu behalten und entsprechende Maßnahmen für Kinder, Jugendliche und deren Familien zu entwickeln. Grundsätzlich brauchen wir funktionsfähige sozialräumliche Netzwerke, um Kinder und Jugendliche effektiv vor sexualisierter, physischer und psychischer Gewalt zu schützen. In gesellschaftlichen Krisenzeiten ist die uneingeschränkte Funktionsfähigkeit aller für den Kinderschutz notwendigen Strukturen wichtiger denn je, denn mit Sorgen und Unsicherheiten steigt die Gefahr von Spannungen, Konflikten und Gewalt in Familien und anderen sozialen Gruppen. Die enge Verzahnung und reibungslose Kommunikation zwischen Kitas, Schulen, Jugendeinrichtungen, Erziehungshilfeträgern und dem Jugendamt werden wir deswegen stetig überprüfen und, wo notwendig, strukturell verbessern. Für die SPD ist unumstößlich, dass keine noch so angespannte Haushaltslage zu Lasten der staatlichen Sicherstellung des Wohls und des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven gehen darf.

Antwort CDU:

Wir brauchen mehr Hinschau- und Kümmererstrukturen, die eben gerade in der Zeit der Pandemie nicht funktionierten. Alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte müssen wachsam sein und eng miteinander gegenüber jeder Form von psychischer und physischer Gewalt gegen Kinder sensibilisiert sein. Der Kampf gegen Gewalt an Kindern braucht funktionierende Meldesysteme, die zwischen Kitas, Schulen, Kinderärzten, Freizeit- und Sportvereinen und den staatlichen Stellen der Kinder- und Jugendhilfe installiert sind. Hier sehen wir Ausbaubedarfe in Bremen, die wir auskömmlich personell und finanziell ausstatten wollen. Wir fordern für das Land Bremen einen Kinderschutzbeauftragten, der alle Prozesse rund um den Kinderschutz koordiniert, beaufsichtigt und modernisiert.

Antwort DIE LINKE:

Für DIE LINKE ist jeder Fall von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, sei es sexuelle, körperliche oder psychische Gewalt, ein Fall zu viel. Prävention, Schutz und Hilfe sind für uns von höchster Bedeutung. Dazu gehören Einrichtungen wie Not-Telefone für Mädchen und Jungen sowie Hilfe- und Beratungsstellen, die finanziell langfristig institutionell gefördert und abgesichert werden müssen. Dazu gehören auch Hilfen zur Erziehung und Familienhilfe, so dass unser Ziel ist, Casemanager*innen im Amt für Soziale Dienste mit ausreichend Zeit für die Familien, Kinder und Jugendliche auszustatten. Aus diesem Grund fordern wir seit langem eine gesetzliche Fallobergrenze von 28 Fällen pro Casemanagement-Vollzeitstelle. Wir sind auch froh, dass es inzwischen eine Traumaambulanz für Kinder und Jugendliche mit Gewalterfahrungen, die aufsuchende Hilfe für von häuslicher Gewalt bedrohte Kinder und Jugendliche sowie den Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konventionen zum Schutz von Frauen und Kinder. Hierfür haben wir uns sehr eingesetzt und diese Einrichtungen und Projekte stärken wir auch zukünftig.

Risikofaktoren müssen früher erkannt und schnell im Interesse des Kindeswohls gehandelt werden. Die Position der Kinder muss auf allen Ebenen gestärkt werden, insbesondere auch im Gewaltschutzbereich. Damit Kinder und Jugendliche möglichst nicht zu Opfern von Gewalttaten werden, ist eine Sensibilisierung der Gesellschaft, besonders von Eltern, Lehrer*innen und Erzieher*innen notwendig. Gewaltschutzkonzepte in Institutionen, die von Kindern und Jugendlichen besucht werden, wie etwa Kitas und Vereine, sind ein wichtiges Element. Hierzu gehört auch die Aus- und Fortbildung von Fachkräften, die wir fördern wollen. Daneben müssen aus unserer Sicht weiterhin Projekte und Initiativen unterstützt und abgesichert werden, die Präventionsarbeit und Angebote anbieten, die Kinder und Jugendliche stärken – in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen ebenso wie im Freizeitbereich.

Antwort FDP:

Um das Dunkelfeld in diesem Bereich aufzuhellen, wollen wir die Sichtbarkeit der zuständigen Meldestellen verbessern. Hierzu sollen Polizei und Jugendämter zukünftig Kontaktpersonen für den Kinderschutz benennen. Diese sind transparent zu kommunizieren, insbesondere überall dort, wo Kinder und Jugendliche betreut werden. Gemeinsam mit Jugendämtern, Schulen, Sicherheitsbehörden und Staatsanwaltschaften wollen wir einen regelmäßigen Jugendschutzdialog einrichten. Das Personal in Polizei, Justiz und Jugendämtern wollen wir aufzustocken.

Frage 8:

Vielen Kindern und Jugendlichen geht es schlecht, sie sind überfordert, sie erleb(t)en traumatische Situationen. Immer mehr üben selbst Gewalt aus. Was werden Sie gegen die Gewalt durch Kinder und Jugendliche in Bremen zu tun und wie fördern Sie präventive Ansätze um weitere Gewalt zu verhindern?

Antwort BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

Kinder, die selber Gewalt erleben oder erlebt haben, geben diese häufig auch weiter. Wie in Frage 7 beschrieben, gibt es verschiedene Beratungsangebote, die in diesen Fällen unterstützen können und sowohl Opfern als auch Tätern beratend zur Seite stehen. Zudem wollen wir, dass es in KiTas, Schulen und allen weiteren Einrichtungen, die mit Kindern arbeiten, Präventionsarbeit im Themenbereich körperlicher, psychischer und insbesondere sexualisierter Gewalt gibt und diese auch in die Eltern- und Familienbildung einfließt.

Antwort SPD:

Position der SPD LAND BREMEN:

Bereits 2008 wurde das Konzept „Stopp der Jugendgewalt“ eingeführt, um sowohl präventiv als auch interventiv umfassend agieren und reagieren zu können. In den Schulen sind zahlreiche Maßnahmen aufgelegt worden, um unterschiedlichen Erscheinungsformen von Gewalt präventiv wirksam begegnen zu können – von Fachtagen über spezielle Fortbildungsangebote für Schulleitungen, Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter:innen bis hin zu Präventionsprogrammen und -angeboten, die sich an die Schule als Gesamtsystem wenden mit dem Ziel, ein gutes Schulklima zu schaffen. Die gemeinsame Be- und Aufarbeitung von Gewaltvorfällen gehört zu den Aufgaben der Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren, bei denen in der laufenden Legislatur jeweils eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet wurde als niedrigschwelliges und vertrauliches Beratungs- und Unterstützungsangebot für Schüler:innen. Übergreifend wollen wir allen Kinder und Jugendlichen durch gezielte Angebote der Jugendhilfe und Familienunterstützung ein Aufwachsen in Wohlergehen ermöglichen, um Risikofaktoren von Jugendgewalt zu minimieren.

Antwort CDU:

Wenn wir wissen, dass Opfer von heute oftmals Täter werden, müssen wir präventiv jeden Übergriff auf Kinder und Jugendliche verhindern und im Blick haben. Zur Prävention gehören hier auch die qualifizierte Betreuung und Therapie von Kindern, die Gewalt erfahren mussten. Wie bereits in den Vorfragen beantwortet, braucht es deutlich mehr Therapieangebote in Bremen, die die CDU ausbauen will. Und wir werden die personelle Ausstattung bei der Kriminalpolizei deutlich verbessern, um die viel zu vielen Fälle von Kindesmissbrauch in den Familien aus dem Dunkelfeld in die Sichtbarkeit und Hilfe zu bringen.

Antwort DIE LINKE:

Kinder üben Gewalt aus, wenn sie selbst Gewalt erfahren haben. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen gegen Gewalt ist also der erste Schritt einer Prävention. Daneben gibt es aber auch Mobbing und Cybermobbing unter Kindern und Jugendlichen. Für DIE LINKE sind Projekte, die Kinder hierzu beraten oder Präventionsarbeit leisten, wichtige Angebote, die wir ausbauen und sichern wollen. Im Umfeld der Kinder wie Schulen, Kitas, Freizeiteinrichtungen sollten Pädagog*innen gewaltvolle Situationen erkennen können, hierfür müssen sie geschult sein und ausreichend Zeit haben, um zu intervenieren. Insofern gehört für DIE LINKE zur Prävention gegen Gewalt auch die entsprechend gute Ausbildung und Ausstattung der pädagogischen Institutionen mit Personal.

Antwort FDP:

Jugendkriminalität erfordert ein entschlossenes und aufeinander abgestimmtes Handeln aller beteiligten Behörden, denn eine schnelle staatliche Reaktion auf kriminelles Verhalten hat die höchste erzieherische Wirkung auf Täterinnen und Täter und verhindert am effektivsten weitere Taten. Hierzu wollen wir darauf hinwirken, dass in geeigneten Fällen vermehrt die Möglichkeiten der Strafprozessordnung und des Jugendgerichtsgesetzes genutzt werden, um beschleunigte Verfahren durchzuführen. Zudem wollen wir die „Offene Kinder und Jugendarbeit“ stärken, die ein bewährtes Instrument für junge Menschen in sozialen Brennpunkten ist. Sie beugt Kriminalität und Perspektivlosigkeit Jugendlicher vor und fördert die soziale Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Getrübt wird diese Arbeit der Jugendhilfe durch ein System, das zu langsam auf veränderte Bedürfnisse und Kostenstrukturen reagiert und Angebote fehlsteuert. Wir wollen Planungssicherheit gewährleisten und die Einstellung von qualifizierten pädagogischen Arbeitskräften vereinfachen.

Frage 9:

Kinder und Jugendliche, die ihre Rechte kennen und die wissen, an wen sie sich zur Unterstützung wenden können, sind besser vor Rechtsverletzungen geschützt. Welche Absicherung einer eigenständigen Anlaufstelle für die Kinderrechte in Bremen, dem Kinderrechtbüro, wird Ihre Partei vorantreiben?

Antwort BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

Kinder haben Rechte, und zwar zurecht. Um diese einfordern zu können, müssen Kinder über ihre Rechte aufgeklärt werden. Sie brauchen Unterstützung und verbündete Erwachsene. Es liegt auch in der politischen Verantwortung, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Kinder sich äußern und beteiligen können, in denen ihnen geglaubt und zugehört wird. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass das Kinderrechtbüro seine wertvolle Arbeit fortführt. Im Rahmen der geplanten Kinder- und Jugendbeteiligungsstrategie werden wir dies einfließen lassen.

Antwort SPD:

Position der SPD LAND BREMEN:

In dieser Legislatur haben wir die Rechte von Kindern in der Landesverfassung gestärkt. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen im Land Bremen ihre Rechte kennen und sich als Rechtsträger:innen verstehen. Um diesen Anspruch in der Praxis umsetzen zu können wurden u.A. fünf Antidiskriminierungsstellen für junge Menschen eingerichtet, Jugendglobalmittel für Jugendbeiräte und -foren zur Verfügung gestellt, die Einrichtung einer Ombudsstelle auf den Weg gebracht und das Kinderrechtbüro eröffnet. Daran wollen wir festhalten. Das Kinderrechtbüro hat sich als konkrete Anlaufstelle für junge Menschen bewährt. Ebenso schätzen wir seine Bildungs-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit. Dies insbesondere weil die Beachtung von Kinderrechten stärker als bisher als Querschnittsaufgabe verstanden werden muss, derer sich alle Vertreter:innen und Handelnden in den öffentlichen Einrichtungen verpflichtet fühlen.

Die Stärkung der Kinderrechte muss dazu beitragen, dass die Kinder in unserem Land in Wohlergehen aufwachsen und zu gemeinschaftsfähigen, eigenverantwortlichen Erwachsenen werden.

Antwort CDU:

Wir favorisieren einen Kinderschutzbeauftragten. Hier angesiedelt sein sollte selbstverständlich immer das Gehör von Kindern und Jugendlichen hinsichtlich ihrer Bedarfe und Wünsche.

Antwort DIE LINKE:

DIE LINKE ist von der guten und wertvollen Arbeit des Kinderrechtbüros überzeugt und unterstützt das Kinderrechtbüro. Wir befürworten eine langfristige Etablierung und finanzielle Absicherung des Kinderrechtbüros und setzen uns für diese Forderung ein.

Antwort FDP:

Die Aufnahme der Kinderrechte in die Landesverfassung ist noch kein Garant dafür, dass diese auch umgesetzt werden. Wir Freie Demokraten fordern deshalb, einen Kinderbeauftragten als Bindeglied zwischen Verwaltung und Politik in der Verwaltungsspitze einzurichten und so auszustatten, dass die Rechte und Interessen der Kinder und Jugendlichen der Stadt Bremen gemäß der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 tatsächlich gewahrt werden.

Frage 10:

Jedes Jahr stehen in Bremen hunderte Kinder und Jugendliche vor Gericht - ohne eigenes Verschulden und oft nicht freiwillig. Wie wollen Sie gewährleisten, dass Gerichtsprozesse für Kinder und Jugendliche keine Belastung darstellen und wie sollen die Fachkräfte aus der Justiz qualifiziert werden?

Antwort BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

Überaus wichtig für die kindgerechte Gestaltung der justiziellen Verfahren ist die Spezialisierung der zuständigen Richter*innen, Staatsanwält*innen, Verfahrensbeistände, Vormünder und Sprachmittler*innen. Hier wollen wir ein gutes und ansprechendes Angebot von Fortbildungen sicherstellen. Wo dieses Angebot freiwillig nicht hinreichend angenommen wird, können wir uns auch verpflichtende Fortbildungen vorstellen.

Eine weitere Verbesserung für die Situation von Kindern und Jugendlichen in Strafverfahren versprechen wir uns von der zunehmenden Inanspruchnahme psychosozialer Prozessbegleitung. Die im vergangenen Jahr erfolgte Einrichtung einer Koordinierungsstelle zur Psychosozialen Prozessbegleitung bei den Sozialen Diensten der Justiz soll hierzu beitragen. Auf Bundesebene werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass bei minderjährigen Opfern eine psychosoziale Prozessbegleitung auch von Amts wegen beigeordnet werden kann bzw. muss.

Antwort SPD:

Position der SPD LAND BREMEN:

Ganz wichtig ist uns die fachliche Fortbildung der Justizangehörigen. Kinder und Jugendliche, die an einem gerichtlichen Verfahren beteiligt sind, befinden sich in einer besonderen, oftmals als sehr belastend empfundenen Situation. Deshalb gehen die mit den entsprechenden Verfahren befassten Richterinnen und

Richter mit großer Sensibilität vor. Neben zahlreichen interdisziplinären Fachfortbildungen und Fachtagungen sind individuelle Fortbildungsangebote und Workshops – auch in Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzbund – in der Bremer Justiz etabliert und werden sehr gut angenommen. Auch wenn die bremische Justiz insoweit bereits gut aufgestellt ist, setzen wir uns dafür ein, die bestehenden Strukturen weiterhin zu stärken.

Antwort CDU:

Eine Aussage vor Gericht stellt für Kinder immer eine erhebliche Belastung dar, es sollte ihnen aber zumindest so leicht wie möglich gemacht werden ihre Aussage zu tätigen. Die Videovernehmungen gemäß §58a StPO ermöglicht es, Kinder und Jugendlichen ohne Anwesenheit des oder der Täter aussagen zu können. Dabei ist die Atmosphäre der Anhörung kindgerecht zu gestalten, um auch erneute Traumata zu vermeiden, wobei ausschließlich geschulte Fachkräfte zum Einsatz kommen dürfen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass bei jeder Aussage von Kindern und Jugendlichen psychosoziale Prozessbegleitung gewährleistet ist und werden diese Strukturen personell und finanziell stärken. Auch „Childhood-Häuser“ eignen sich, um den Kindern Beratungen und Therapien zu bieten, die Vernehmungen von Polizei und Staatsanwaltschaft vor Ort durchzuführen und Mehrfachaussagen zu vermeiden. Das führt auch zur besseren Aussagequalität.

Antwort DIE LINKE:

Die Situation von Kindern und Jugendlichen in Gerichtsverfahren muss dringend an kinder- und menschenrechtliche, internationale und Vorgaben des Europarats angepasst werden. Dazu benötigt es beispielsweise Vorschläge zur kindgerechten Gestaltung von Gerichtsverfahren. DIE LINKE wird sich weiter dafür einsetzen, dass auf Bundes- und Länderebene entsprechende Handreichungen zu Kindesanhörungen in Familiengerichten erarbeitet werden. Auf Landesebene werden wir uns dafür stark machen, dass Prozessbegleitungen und psychosoziale Prozessbegleitung, etwa durch den Kinderschutzbund, finanziell abgesichert werden. Die prinzipiell begrüßenswerten rechtlichen Veränderungen im Bereich der Verfahrensbegleitung müssen eine gesicherte Finanzierung der Träger nach sich ziehen. Wir fordern eine Fortbildungspflicht zu kindgerechter Justiz für die Richterschaft und das Justizpersonal sowie eine kindgerechte Gestaltung der Vernehmungs- und Warteräume. Die nötigen sachlichen und finanziellen Mittel müssen durch das Justizressort zur Verfügung gestellt werden.

Antwort FDP:

Wir Freie Demokraten wollen die Weiterbildung von Polizeibeamten, Richterinnen und Richtern, die mit Kindern und Jugendlichen befasst sind, verbessern. Die entsprechenden Institutionen sollen hierzu Konzepte zum Schutz der Kinder erarbeiten. Durch gemeinsame Fortbildungen für die verschiedenen Institutionen soll die Zusammenarbeit und Verständigung der Beteiligten im Kinderschutz verbessert werden. Hierfür müssen Polizistinnen und Polizisten und Richterinnen und Richter aber auch Zeit haben. Angesichts der Überlastung und des Personalmangels in diesen Berufen muss daher insbesondere die Personalsituation von Polizei & Justiz verbessert werden. Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten zur psychosozialen Prozessbegleitung ausbauen und deren Sichtbarkeit erhöhen.